

**Ausschussvorlage HAA 20/19**

Stellungnahmen der Anzuhörenden

zu der mündlichen/schriftlichen Anhörung im Hauptausschuss

zu dem

**Gesetzentwurf**

**Fraktion der SPD**

**Gesetz zur Änderung des Artikel 73 der Verfassung des Landes  
Hessen (aktives Wahlrecht ab 16 bei Landtagswahlen)**

**– Drucks. [20/9505](#) –**

22. USKJ, Hessische Union zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen S. 101

# Stellungnahme

## Wahlalter ab 16 Jahren



Hessische  
Union zur  
Stärkung von  
Kinder- und  
Jugendinteressen

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Hessische Union zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen (HUSKJ) sprechen wir uns klar für die Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen aus. Die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtagswahlen in Hessen wäre unsere Auffassung nach einer geeigneten Maßnahme, um die Belange der Jugend im Rahmen des gesellschaftlichen und politischen Diskurses stärker zu berücksichtigen und somit auch die Beteiligung der Jugend an gesellschaftlichen Debatten zu fördern. Im Folgenden möchten wir die Gründe für unsere Empfehlung zur Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf erläutern:

Wir sprechen uns für mehr Beteiligung, mehr politische Bildung, und mehr Eigeninitiative für Jugendliche aus. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ist der konsequente Schritt, der auf das Versprechen von mehr Jugendbeteiligung folgen sollte und der jungen Generation gerecht wird.

Das möchten wir, die „Jugend von heute“.

Jugend von heute ist nicht nur - „vor dem Handys sitzen, nicht miterleben was außerhalb der Internetwelt passiert.“ Nein, wir plädieren für mehr Bildung, Interessenvertretung, mehr Einbindung sowie Mitbestimmung bei der Gestaltung unserer Zukunft.

Artikel 38 im GG bestimmt das Wahlalter ab 18 Jahren.

Nach unserer Vorstellung sollte dies nicht so bleiben. Bereits 1970 wurde das GG geändert und das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre gesenkt. Die demographischen Verhältnisse haben sich seit dieser Zeit grundlegend geändert. Mit einer zunehmend älteren Bevölkerung, bestimmen vorwiegend ältere Menschen, wie es in unserem Land weitergehen wird. Demokratie lebt von verschiedenen Meinungen und Perspektiven. Dies umfasst sowohl die ältere Generation, als auch die junge. Jedoch wird ihren Stimmen unterschiedlich Gewicht verlieren. Jedoch können lediglich die älteren die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten beeinflussen – obgleich die junge Generation jene Generation ist, die am längsten mit den im Parlament beschlossenen Entscheidungen leben muss. Wir stellen uns die Frage: Ist dies noch zeitgemäß in Zeiten, wo durch diesen Wandel große gesellschaftliche Herausforderungen entstanden sind?

Wie sieht es aus mit der Bewältigung der Klimakrise auf dem Hintergrund gesellschaftlicher, globaler Konflikte und einem anwachsenden Schuldenberg? Schon jetzt sind in erster Linie junge Menschen von diesen Krisen, Belastungen betroffen. Die junge Generation braucht langfristige, tragfähige Lösungen. Daher soll, muss sie auch an den richtungsweisenden zukünftigen Entscheidungen beteiligt werden. Es reicht nicht im kommunalen Bereich Jugendparlamente einzurichten und Rederechte in Stadtverordnetenversammlungen etc. zu verteilen (obgleich wir dies ebenfalls als sehr wichtig erachten). Vielmehr fordern wir, dass jüngere Menschen an den zentralen politischen Wahlen beteiligt werden. Das heißt langfristig gesehen mehr Beteiligung, mehr Interesse und vor allem mehr Emanzipation.

Dafür benötigen Jugendliche eine Stimme bei den Wahlen, denn am Ende des Tages werden vor Allem die Interessen jener berücksichtigt, die die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten beeinflussen, da sie eine Stimme haben. Natürlich ist es auch die Aufgabe der Politik, die nicht wahlberechtigte Gruppe zu vertreten, dies ist aber für Fraktionen nur dann möglich, wenn sie die dafür nötigen Mehrheiten erzielt. Die 100.000 Stimmen der 16- und 17-Jährigen können den entscheidenden Unterschied im Parlament mache.

# Stellungnahme

## Wahlalter ab 16 Jahren



Hessische  
Union zur  
Stärkung von  
Kinder- und  
Jugendinteressen

Wir wollen unserer Generation eine Stimme verleihen, denn in der Politik werden die Weichen für die Zukunft gestellt!

Unsere Gesellschaft braucht Demokraten. Sie braucht Menschen, die sich gegen Extremismus, Populismus und andere demokratiefeindlichen Gesellschaftsströme einsetzt. Durch ein herabgesetztes Wahlalter können Jugendliche früher an die Demokratie herangeführt werden. Demokratie kann man erlernen.

Die junge Generation ist bereit, das zeigt die Bewegung Fridays for Future. Ohne diese Bewegung hätte der Klimawandel in der Politik niemals den Stellenwert und die Aufmerksamkeit bekommen, den er heute hat. Gerade, weil der Wunsch besteht wählen zu dürfen und sich mit der Politik auseinander zu setzen sollte man sich über die Gestaltung der Schulischen Bildung unterhalten. In vielen Schulen in Hessen findet der Powi Unterricht nur epochal statt. Aber wie sollen die politischen Verhältnisse und Zusammenhänge den Schülern\*innen nahegebracht werden, wenn die Grundlagen unserer heutigen Situation, die aktuellen schwierigen Konflikte und Meinungsblöcke, nicht zu einem wichtigen Thema werden?

Jugendliche haben längst bewiesen, dass sie die nötige Reife zum Wählen besitzen. Der Hauptschulabschluss soll Schüler\*innen zu mündigen Bürger\*innen erziehen. Junge Menschen sind durch ihre Ausbildung teilweise bereits unabhängig, zahlen Steuern und nehmen aktiv am gesellschaftlichen Leben teil. Gleiches gilt beispielsweise auch für Schüler\*innen in der Oberstufe. Sie wenden ihre Fähigkeiten an, kritisch zu denken, eigenständig zu recherchieren und eine reflektierte Meinung zu bilden. Jugendliche haben all diese Fähigkeiten. Dies hat nicht zuletzt der HOP gezeigt. Jugendliche engagieren sich in kommunalen Jugendvertretungen, Schülervvertretungen, Kirchen, Gewerkschaften und auf der Arbeit. Aber wenn es darum geht, bei wichtigen Entscheidungen mitreden zu dürfen, wird ihnen die Tür vor der Nase verschlossen.

Wen treffen die Entscheidungen die jetzt getroffen werden? Der Jugend gehört die Zukunft, also sollte sie auch mitentscheiden.

Es betrifft die Jugend, die jungen Menschen. Deswegen möchten wir, wie alle Wahlberechtigten, ein Stimmrecht um unsere Interessen zu Stärken und zum Ausdruck zu bringen. Es ist an der Zeit, dem Vorbild dem Großteil der restlichen Bundesländer zu folgen und das Wahlalter abzusetzen.

Die Meinung der Jugendlichen ist mehr als nur eine Perspektive, Sie ist Zukunft. Wahlalter runter auf 16 Jahre!

Mit freundlichen Grüßen,  
der HUSKJ Vorstand

i.A. Anou Kaiser